



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	3
PRESSEMITTEILUNGEN AfD-Landtagsabgeordnete im Landkreis Bautzen	3
Koalition verweigert Unterstützung für unsere Bürger und Unternehmen	3
Postenschacher und Wählertäuschung im Landratsamt Bautzen	3
JUNGE ALTERNATIVE OBERLAUSITZ.....	4
Kegeltturnier in Königswartha.....	4
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	4
Termine im Kreisverband Bautzen	6
Nachrichten aus Berlin – Karsten Hilse, MdB.....	7
Rede Karsten Hilse vom 13.10.2022	7
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag 8	
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 9.10.2022	8
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	9
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 8./9.10.2022.....	10
Hat die Regierung Angst vorm heißen Herbst?	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.10.2022	10
Unterrichtsausfall: Piwarz muss Schulen von Bürokratie befreien!	10
Unser Land braucht mehr Kinder!.....	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.10.2022	12
Treffen Kretschmer-Habeck: Weiter russisches Gas nutzen!.....	12
Keine UKW-Abschaltung 2026 – AfD unterstützt Privatradios	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.10.2022	13
AfD-Antrag: Unkontrollierte Massenmigration verhindern – Grenzen sichern	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.10.2022	13
Notfallhilfe für Bürger und Unternehmen sofort auszahlen!.....	13



Regierung muss Inflationsgewinne komplett zurückgeben!	14
Neues von der Alternative für Deutschland	15
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	15
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien	15
„Unser Land zuerst!“ – Rund 10.000 Menschen demonstrierten friedlich in Berlin gegen die Politik der Ampel-Koalition.....	15
Pullover anziehen statt jammern: Großverdiener Schäuble ätzt gegen Steuerzahler!.....	16
Faeser ist nicht die Lösung, sondern die Ursache des Migrationsproblems!.....	17
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	17
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	17
Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien	18
Gaspreisbremse befeuert Inflation und führt in die Energie-Planwirtschaft!	18
Nachrichten aus Deutschland und der Welt.....	19
Demo in Prag: Schutz vor Inflation und Armut gefordert	19
Schleuser mit 19 Migranten in VW Bus gestoppt.....	19
Schleuser mit 13 Migranten in VW Touran gestoppt.....	19
AfD will Sozialhilfeempfänger zu gemeinnütziger Arbeit verpflichten	19
Video-Empfehlungen	19
Informationskanäle der AfD.....	19
Fakten in Bildern	20
Achtung Satire!	21
Kommunalmandate im KV Bautzen	22
PRESSE-ARCHIV.....	22
SPENDENKONTO.....	22
KONTAKT:.....	22



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

PRESSEMITTEILUNGEN AfD-Landtagsabgeordnete im Landkreis Bautzen

Koalition verweigert Unterstützung für unsere Bürger und Unternehmen

Die AfD-Fraktion beantragte (Drs 7/ 11077) heute im Sonderplenum 1000 Euro Energiegeld für jeden sächsischen Haushalt und 2 Milliarden Euro zum Schutz unserer Unternehmen. Der Antrag wurde von allen Fraktionen abgelehnt.

Dazu erklärt Frank Peschel, Landtagsabgeordneter aus Bautzen:

„Die Ablehnung zur Hilfe unserer Bürger und Unternehmen zeigt, wie ideologisiert im Landtag agiert wird. Die derzeitige Krise, welche für viele Bürger und Unternehmen *existenzbedrohend* ist, muss parteiunabhängig angegangen werden. Es ist überheblich und arrogant, wenn die CDU die „Krise als laues Lüftchen“ bezeichnet. Das ist ein Schlag ins Gesicht aller Bürger, die kaum noch wissen, wie sie die steigenden Ausgaben stemmen sollen und Unternehmen entscheiden müssen, ob sie ihre Produktion ganz oder teilweise einstellen müssen.

Unser Antrag forderte nichts weiter, als zeitnah schnelle Hilfe für Sachsen, bis die Hilfsmaßnahmen vom Bund umgesetzt werden.

Dass die Koalition nicht bereit ist, in Krisenzeiten der Wirtschaft und der eigenen Bevölkerung zu helfen, zeigt, dass es nicht mehr um Sachpolitik geht.

Unser Antrag wurde als Populismus abgetan. Selber hat die Koalition aber keinen eigenen Vorschlag, wie sie der sächsischen Bevölkerung helfen will.

Ein weiteres Armutszeugnis innerhalb der Koalition ist, dass selbst im Plenum keine Einigkeit demonstriert wird. Ich bezweifle, dass diese Koalition aus CDU-SPD-Grüne bis 2024 durchhält.“

Frank Peschel, MdL
13.10.2022

Postenschacher und Wählertäuschung im Landratsamt Bautzen

In seiner heutigen Pressemitteilung beklagt der Landkreis Bautzen die steigenden Kosten und das wachsende Haushaltsdefizit von 22,4 Millionen Euro.

Zudem wurde bekannt, dass der bisherige Finanzchef Jörg Szewczyk zum 1. Beigeordneten des Landkreises Bautzen gewählt wurde.

Dazu erklärt Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter aus Bautzen: „Das öffentliche Jammern des Landkreises Bautzen ist für mich nicht nachvollziehbar. Seit 1990 werden der Freistaat und der Landkreis Bautzen von der CDU regiert. Seit 32 Jahren kann diese Partei schalten und walten wie sie will und regiert nach Gutsherrenart.

Nun, wo durch ihre politischen Fehlentscheidungen, die finanziellen Mittel immer geringer werden, geht man an die Öffentlichkeit und tut so, als ob man für dieses Versagen nicht verantwortlich



sei. Zumal die CDU zur Landratswahl immer mit ihrer soliden Haushaltspolitik geworben hat. Drei Monate später kann man sich offenbar nicht mehr an seine eigenen Versprechen erinnern.

Dass nun der ehemalige Finanzchef zum 1. Beigeordneten gemacht wurde, riecht nach Postenschacher, da der neue Landrat bereits vor Monaten öffentlich diesen Kandidaten forderte. Gleichwohl gratuliere ich Herrn Szewczyk.

Der Wählerwille bzw. das Ergebnis der Landratswahl spiegelt sich in keinster Weise in dieser Ämterbesetzung wider. Es gab auch Kandidaten mit AfD-Parteibuch und entsprechender Qualifizierung, die offenbar bei der Bewerbung aussortiert wurden.

Ich bin gespannt, wie die CDU-Bürgermeister zur anstehenden Erhöhung der Kreisumlage stimmen werden. Jede Erhöhung beraubt die Kommunen ihrer kommunalen Selbstverwaltung.“

Frank Peschel, MdL
11.10.2022

JUNGE ALTERNATIVE OBERLAUSITZ

Kegelturnier in Königswartha

Du bist zwischen 14 und 35 Jahre alt? Dann komm gerne zu unserem Kegeltunier, am 28.10.2022 in Königswartha, vorbei.

Melde dich hierfür per Mail: info@ja-sachsen.de oder Privatnachricht bei Facebook bei uns an.



<https://www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz/photos/a.753111108070783/5331391156909399/>

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/

www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093



t.me/afdkreisverbandbautzen
www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de
t.me/karstenhilsepolitiker
www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/
www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen
www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861
www.youtube.com/channel/UCFgfHEc7yJb75IBR_CvtopA/videos

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de
t.me/frankpeschel
www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL
instagram.com/doreenschwietzer_afd
www.doreen-schwietzer.de
t.me/schwietzer
twitter.com/SchwitzerMdL

Junge Alternative Oberlausitz

instagram.com/ja_oberlausitz
www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz
t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadt Bautzen/
www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

AfD Oberlausitz/Oberland

www.facebook.com/AfDOberlausitz
www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw
t.me/oliverhelbing
www.afd-cunewalde.de/

Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz

www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004
www.afd-stadtrat-pulsnitz.de

Regionalgruppe Königsbrück

www.facebook.com/AfDKoenigsbrueck



Regionalgruppe Radeberg/Arnsdorf

www.facebook.com/groups/465255757689215/

Termine im Kreisverband Bautzen

Sa	22.10.22	9.00-11.00 Uhr	Lausitzer Platz Hoyerswerda	INFOSTAND der AfD-Regionalgruppe Hoyerswerda
Fr	28.10.22	18.00 Uhr	Waikiki Sport An den Sportanlagen 1 02699 Königswartha	PATRIOTISCHES KEGELTURNIER der Jungen Alternative Oberlausitz
Mo	14.11.22	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Di	15.11.22	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	17.11.22	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	17.11.22	19.00 Uhr	Residence Hotel Wilthener Str. 32 02625 Bautzen	BÜRGERVERANSTALTUNG mit Jörg Urban, Landesvorsitzender der AfD Sachsen Gast: Katrin Huß
Sa	19.11.22	9.00-11.00 Uhr	Lausitzer Platz Hoyerswerda	INFOSTAND der AfD-Regionalgruppe Hoyerswerda

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>



Nachrichten aus Berlin – Karsten Hilse, MdB

Rede Karsten Hilse vom 13.10.2022

"Jeder Normaldenkende, zu denen Sie leider nicht gehören, weiß, allein die bewusst betriebene und von langer Hand geplante und jetzt eingetretene Energieverknappung ist das Problem.

Wenn Sie nicht mit allen hier schon länger Herumsitzenden diese irrwitzige, realitäts- und faktenferne Industriezerstörungspolitik betrieben hätten, bräuchte es jetzt weder Gasdeckel noch das Verbot von Sperren.

Stattdessen müssen wir das Angebot schnellstens erhöhen. Durch Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke, Wiederinbetriebnahme der bereits still gelegten, durch Förderung der riesigen Schiefergasvorkommen unseres Landes, der Reaktivierung der Braunkohlekraftwerke, sowie Öffnung der noch intakten Nordstream II Pipeline, so wie es Präsident Putin gestern NOCHMALS angeboten hat.

Handeln Sie endlich im Interesse des deutschen Volkes.

Sonst werden Sie alle irgendwann das wohlverdiente Schicksal der FDP teilen und zugunsten der Alternative für Deutschland abgewählt werden."

<https://www.facebook.com/watch?v=1124535385120940>



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 9.10.2022

Liebe Freunde, liebe Leser,

die Zustände in der Pflege sind wirklich schockierend.

In den nächsten zehn Jahren fehlen deutschlandweit 500.000 Pflegekräfte. In der Pflegeversicherung klafft ein Milliardenloch und die steigenden Energiepreise sollen natürlich ebenfalls gerade an die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen weitergereicht werden.

Wenn alles so weiterläuft wie bisher, könne die Pflege von Senioren und Kranken bald gar „nicht mehr stattfinden“, hieß es diese Woche verzweifelt auf dem Deutschen Pfl egetag. Das wäre eine Schande, denn der Anstand einer Gesellschaft bemisst sich maßgeblich daran, wie sie mit ihren ehemaligen Leistungsträgern umgeht.

Für die Misere machte die Präsidentin des Deutschen Pfl egerats, Christine Vogler, die Regierung verantwortlich. Schon mit der einrichtungsbezogenen Impfpflicht habe sie eine ganze Berufsgruppe vor den Kopf gestoßen.

Dieser schwere Fehler wurde bis heute nicht korrigiert. Im Gegenteil: Seit dem 1. Oktober gelten noch einmal verschärfte Schikanen: Neben den Pflegekräften, die quasi den ganzen Arbeitstag eine Maske tragen müssen, gilt dies nun auch für die Bewohner, wenn sie sich in Gemeinschaftsräumen aufhalten.

Frau Vogler vom Pfl egerat sieht darin eine staatliche Bevormundung, die immer weiter zunimmt. Sie fordert deshalb, es den Pflegekräften selbst zu überlassen, wie sie den Schutz vor Corona organisieren.

Letztendlich geht es um Mündigkeit, Wertschätzung und Freiheit. Wer einen sozialen Beruf ergreift, macht das, um anderen zu helfen. Ausgerechnet den Pflegekräften pauschal zu unterstellen, sie würden die Gesundheit anderer Menschen gefährden, ist unverschämte Hochzehn. Ihnen wird so von der Regierung jegliches Berufsethos abgesprochen.

Und auch von der anderen Seite her betrachtet, haben wir ein Pflegesystem, das nicht





funktionieren kann: In Sachsen beträgt der Eigenanteil für einen stationären Pflegeplatz derzeit im Durchschnitt 1.972 Euro pro Monat. Die sächsische Rente liegt im Schnitt aber nur bei 1.364 Euro.

Über 600 Euro fehlen also, die entweder die Kinder oder der Staat begleichen müssen. Die dadurch entstehende finanzielle Belastung ist für viele Familien immens, frisst das mühsam Ersparte auf und führt – wie so viele andere Faktoren – selbst Gutverdiener in die Nähe der Armutsgrenze.

Das Pflege-System krankt also an allen Ecken und Enden. Mit ein paar kleinen Zuschüssen sowie verständnisvollen Worten für die Pflegekräfte lässt es sich nicht reparieren. Wir brauchen vielmehr eine umfassende Pflegereform. Die Eckpfeiler dieser Reform sind aus Sicht der AfD:

Erstens: Die Pflege in den eigenen vier Wänden, z.B. durch Familienangehörige oder Nachbarn, ist tausendmal besser als eine Unterbringung in stationären Einrichtungen. Um das zu ermöglichen, muss der Staat den Angehörigen für ihre Mühen deutlich mehr zahlen. Die Investition in ein solches „Landespflegegeld“ rechnet sich am Ende allemal. Aus Dänemark und den Niederlanden wissen wir, dass eine liebevolle, häusliche Pflege im Endeffekt um einen Milliardenbetrag günstiger ist als unser jetziges, hauptsächlich stationäres System.

Zweitens: Trotz einer gestärkten häuslichen Pflege brauchen wir natürlich weiterhin Pflegeheime. Bedenklich ist jedoch, wie die Kommerzialisierung dieser Branche voranschreitet. Profitorientierte Pflege-Unternehmen betreiben einen „Satt-und-sauber“-Minimalismus. Leiharbeiter verdrängen Festangestellte Pfleger.

Pflegebedürftige haben jedoch auch ein Anrecht auf Vertrautheit, auf Geselligkeit und Alltagsfreuden. Daher brauchen wir in der Pflege statt einer Profitmaximierung eine Gemeinwohlorientierung, die auch honoriert wird.

Drittens: Um Pflegekräfte zu gewinnen, haben wir im Landtag gerade ein ganzes Bündel an Maßnahmen vorgeschlagen. Mit einer „Aufstockerprämie“ wollen wir Teilzeitkräfte motivieren, in Vollzeit zu wechseln. Mit einer „Rückkehrerprämie“ wollen wir Pflegekräfte mit familiären Wurzeln in Sachsen in ihre alte Heimat zurücklocken. Mit einer „Wiedereinstiegsprämie“ wenden wir uns zudem an Pflegekräfte, die ihren erlernten Beruf derzeit nicht ausüben.

Jeder von uns kann einmal auf Pflege angewiesen sein. Wir sollten daher allen Frauen und Männern dankbar sein, die sich für soziale Berufe entscheiden. Ihr seid wirkliche Alltagshelden! Das muss die Bundesregierung genauso wie die Landesregierung endlich beherzigen – nicht nur mit warmen Dankesworten, sondern mit einer tatsächlichen Verbesserung der gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für Pflegekräfte und Pflegeeinrichtungen.

Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban

<https://www.facebook.com/joerg.urban.mdl/photos/a.922706534487911/5594881887270329/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>



PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 8./9.10.2022

Hat die Regierung Angst vorm heißen Herbst?

Vor genau 33 Jahren wurde schon einmal eine unflexible Regierung vom Zorn der Bürger hinweggefegt. Am 9. Oktober 1989 war der Protest von 70.000 mutigen Leipziguern der entscheidende Sargnagel des SED-Regimes.



Die Ähnlichkeiten zu heute sind deutlich erkennbar: Wieder gehen Zehntausende Bürger gerade in Sachsen auf die Straße, weil die Politik der Regierung zu einem Niedergang unseres Landes führt. Die Straßenproteste unterstützt die AfD seit Jahren im Parlament. Zudem wird von uns die Erinnerungskultur an Proteste gegen Diktaturen hochgehalten.

„Aus diesem Grund hatten wir im Landtag beantragt, den 17. Juni 1953 nächstes Jahr angemessen zu feiern“, erklärt der AfD-Abgeordnete Jörg Kühne. „Dann jährt sich der Volksaufstand gegen die kommunistischen Machthaber zum

70. Mal. Wir wollten in Sachsen eine große Gedenkveranstaltung mit Zeitzeugen, Opfern und Delegationen aus allen Bundesländern ausrichten. Leider hat die CDU-Regierung unser Anliegen aktuell abgelehnt.“

Da stellt sich für uns die Frage: Möchte die Regierung lieber nicht an Regierungsproteste erinnern, aus Angst vor einem erneuten „heißen Herbst“?

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/5513058575430282/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.10.2022

Unterrichtsausfall: Piwarz muss Schulen von Bürokratie befreien!

Um den massenhaften Unterrichtsausfall zu minimieren, will CDU-Kultusminister Christian Piwarz in Zukunft auch „Lehrer ohne Uni-Abschluss“ einstellen, berichtet die Freie Presse.

Dazu erklärt der bildungspolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Dr. [Rolf Weigand](#):

„Kultusminister Piwarz bekämpft weiter nur Symptome und geht nicht an die Ursachen des Lehrermangels heran. Es ist falsch, immer mehr auf Seiteneinsteiger zu setzen und für sie schrittweise die Anforderungen zu reduzieren. Das geht definitiv zu Lasten der Qualität des Unterrichts.“

Wichtiger ist es, die Lehrer von Bürokratie und unterrichtsfernen Aufgaben zu befreien. Darüber hinaus würden kleinere Klassen die Schule als Arbeitsort wieder attraktiver machen. Einhergehen müssen diese Maßnahmen mit einer Werbeoffensive für die naturwissenschaftlichen Fächer (MINT).



Um kurzfristig Personal zu gewinnen, halte ich es zudem für sinnvoll, die Ausbildung der Grundschullehrer praxisnäher zu gestalten. Bei Grundschullehrern können wir z.B. auf die höhere Mathematik verzichten und sollten sie stattdessen früher vor eine Klasse stellen.

Weiterhin möchte ich für die Schulen, an denen derzeit überhaupt kein Physik- oder Chemie-Unterricht stattfindet, anregen, den Unterrichtsausfall durch längere Betriebspraktika zu kompensieren.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/unterrichtsausfall-piwarz-muss-schulen-von-buerokratie-befreien/>

Unser Land braucht mehr Kinder!

Im Sächsischen Landtag kam es heute zu einer emotional geführten Expertenanhörung zum **#AfD**-Gesetzentwurf für einen Ausbau des Landeserziehungsgeldes (Drs. 7/10159). Wir wollen junge Familien auch nach dem Ende des Elterngeldes finanziell unterstützen, damit es eine echte Wahlfreiheit zwischen Kita und Erziehung zu Hause gibt.



Um das zu realisieren, sollten Eltern für ihre Kinder bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres 67 Prozent des Einkommens aus der Erwerbstätigkeit vor der Geburt erhalten. Mindestens sollte das Landeserziehungsgeld jedoch 750 Euro und maximal 1.500 Euro betragen. Für Familien mit mehreren kleinen Kindern sieht unser Gesetz einen Geschwisterbonus vor.

Hintergrund ist, dass ein Krippenplatz monatlich 1.266 Euro kostet. Wahlfreiheit wäre hergestellt, wenn diese Summe den Eltern auch zur Betreuung ihrer Kinder zu Hause zur Verfügung stünde, argumentierte der Experte Dr. Johannes Resch, Vorsitzender des Verbands Familienarbeit.

Neben dem AfD-Vorschlag „bietet sich daher eine gleiche Honorierung in Höhe der Krippenkosten für alle an“, forderte Resch. Das hieße: Wer sein Kind bis zum dritten Geburtstag zu Hause betreuen möchte, sollte direkt 1.200 Euro pro Monat erhalten. Dies sei keine „Sozialleistung“, sondern eine angemessene „Gegenleistung für die der Gemeinschaft dienende Kindererziehung“.

Selbst Experten, die politisch sehr weit von der AfD entfernt stehen, unterstützten unsere Forderung nach einer Erhöhung des Erziehungsgeldes. Aktuell reicht das Landeserziehungsgeld (150 Euro für das 1. Kind, 200 € für das 2. Kind, 300 € für das 3. Kind) noch nicht einmal zur Existenzsicherung. Dieser unhaltbare Missstand muss behoben werden. Familienfreundlich geht anders!

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/5522038684532271/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.10.2022

Treffen Kretschmer-Habeck: Weiter russisches Gas nutzen!

Über den Energiemangel und die Entlastung der Bürger wollen heute Ministerpräsident Michael Kretschmer und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sprechen. Dazu erklärt der energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion, [Jan Zwerg](#):

„Der Energiemangel und die explodierenden Preise sind hausgemachte Probleme, die die Regierung selbst zu verantworten hat. Deshalb erwarten wir von Herrn Kretschmer, dass er sich für ein Ende des Wirtschaftskrieges gegen Russland stark macht.“

Russland hat angeboten, Gas über den intakten Strang von Nord Stream 2 zu liefern. Zudem bestehen Liefermöglichkeiten über die Jamal- und Transgaspipeline. Wir können nicht auf günstiges russisches Gas verzichten, ohne die Bürger in die Armut zu treiben und unsere Wirtschaft zu zerstören.“

Zudem muss sich Kretschmer für eine andere [Energie](#)-Politik einsetzen:

- Alle sechs noch einsetzbaren Kernkraftwerke müssen wieder Energie liefern
- Das Embargo gegen russisches Öl muss gestoppt werden
- Heimische Kohle ohne festen Ausstiegstermin nutzen

<https://afd-fraktion-sachsen.de/treffen-kretschmer-habeck-weiter-russisches-gas-nutzen/>

Keine UKW-Abschaltung 2026 – AfD unterstützt Privatradios

Die sächsischen Privatradios haben sich an alle Fraktionen im Landtag gewandt, weil ihre UKW-Frequenzen in Sachsen ab 2026 abgeschaltet werden sollen. Über die Hälfte aller Radio-Hörer im Freistaat nutzen aber noch diese Frequenzen. Nur 12 Prozent hören bereits über den neuen DAB+-Standard. Dazu erklärt der medienpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, [Torsten Gahler](#):



„Wir unterstützen die Forderung der Privatradios. Ohne sie wäre die Meinungsvielfalt in Sachsen noch stärker eingeschränkt. Die Abschaltung der Frequenzen hat nicht die Politik zu bestimmen, sondern der Markt. Solange die UKW-Nutzung für die Privatradios [wirtschaftlich](#) ist, muss sie gewährleistet werden. Andernfalls könnten die Umsatzeinbußen viele Privatradios zum Aufgeben zwingen.“

Die Staatsregierung darf den Privatradios keine unsinnigen Vorschriften machen. Der Gesetzentwurf über den endgültigen Abschalttermin muss geändert und zeitnah im Landtag beschlossen werden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/keine-ukw-abschaltung-2026-afd-unterstuetzt-privatradios/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.10.2022

AfD-Antrag: Unkontrollierte Massenmigration verhindern – Grenzen sichern

Der Asylgipfel in Berlin brachte keine verstärkten Kontrollen für die sächsische Grenze. Aufgrund der stark ansteigenden illegalen Einwanderung stellt die AfD-Fraktion den Antrag: „Unkontrollierte Massenmigration verhindern – Grenzen sichern“ (7/11096).

[Sebastian Wippel](#), innenpolitischer Sprecher, erklärt dazu:

„Wer illegal über ein sicheres EU-Land einreist, hat in Deutschland keinen Anspruch auf Asyl. Das sagt unser Grundgesetz Artikel 16a Absatz 2 und es muss endlich wieder eingehalten werden. Wir fordern daher stationäre Kontrollen an der tschechischen und polnischen Grenze und die Zurückweisung aller illegaler Migranten. Darauf muss die Staatsregierung in Berlin dringen.“

Zusätzlich muss der sächsische CDU-Innenminister Armin Schuster die Landespolizei anweisen, verstärkte Schleierfahndungen im Grenzgebiet durchzuführen. Schuster war aber leider beim gestrigen Gipfel anscheinend genauso untätig wie die letzten Monate. Es kann nicht sein, dass an der deutschen Grenze zu Österreich jetzt mehr kontrolliert wird als in Sachsen. Die Haupteinflugschneise für illegale Migranten ist die sächsische Grenze nach Tschechien und die Zugverbindung Prag – Dresden. Ein neue Asyl-Welle wie 2015 muss verhindert werden.“



Antrag: https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=11096&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=0&dok_id=undefined

PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.10.2022

Notfallhilfe für Bürger und Unternehmen sofort auszahlen!

Zum heutigen Sonderplenum im Sächsischen Landtag erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):



„Wir stehen vor einem Winter, der Sachsen in eine seit Generationen nicht gekannte Notlage versetzen könnte. Die politisch herbeigeführten Energiepreis-Explosionen haben das Potential, unser Land in die schwerste Wirtschaftskrise der Bundesrepublik zu stürzen. Armut für große Teile unserer sächsischen Bevölkerung, Massenarbeitslosigkeit und eine fürchterliche Welle an Insolvenzen sind leider ein Szenario, auf das wir uns vorbereiten müssen.“



Als Opposition fordern wir diese Vorbereitung auf den Ernstfall ein, weil die Bundesregierung und Sächsische Staatsregierung eine Haltung einnehmen, die an Arbeitsverweigerung grenzt. Angesichts der rasant steigenden Preise müssen unsere Bürger und Unternehmen endlich schnell und effektiv entlastet werden. Die Menschen in unserem Land können nicht noch länger warten. Es ist eine Schande, dass diejenigen, die unser Land nach der Wende wieder erfolgreich gemacht haben, nun hungern und frieren sollen.

Um das zu verhindern, muss der Freistaat Sachsen sofort tätig werden. Wir müssen die Zeit der Unsicherheit überbrücken und den Menschen ihre berechnete Angst vor den nächsten Monaten nehmen. Deshalb sollte der Freistaat allen Sachsen so schnell wie möglich ein Haushaltsgeld in Höhe von 1.000 Euro zur Begleichung der Energiekosten und ihrer Lebensmitteleinkäufe auszahlen. Darüber hinaus muss der Freistaat zwei Milliarden Euro an Notfallhilfen für Unternehmen bereitstellen. Handeln Sie jetzt, denn: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“
<https://afd-fraktion-sachsen.de/notfallhilfe-fuer-buerger-und-unternehmen-sofort-auszahlen/>

Regierung muss Inflationsgewinne komplett zurückgeben!

Zum heute in einem Sonderplenum behandelten AfD-Antrag (Drs. 7/11077) mit dem Titel „Haushaltsgeld für alle Sachsen und Notfallhilfe für Unternehmen“ erklärt der finanzpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, [André Barth](#):

„Der Freistaat Sachsen ist ein milliardenschwerer Profiteur des Preisschocks. Durch die Teuerung sind seine Steuereinnahmen um gigantische 21 Prozent gestiegen. Bis zum Jahresende wird der Freistaat allein über die Mehrwertsteuer zwei Milliarden Euro mehr einnehmen als 2021.

Dieser riesige Geldbatzen muss den Bürgern zurückgegeben werden. Denn während CDU-Finanzminister Hartmut Vorjohann im Geld schwimmt, müssen die Sachsen jeden Cent zweimal umdrehen. 60 Prozent der Haushalte leben aktuell von der Hand in den Mund und viele Menschen müssen sogar auf ihre mühsam zusammengekratzten Ersparnisse zurückgreifen.

Es ist daher finanzpolitisch geboten, alle Inflationsgewinne des Staates in Form eines Haushaltsgeldes und einer Notfallhilfe für Unternehmen zur Entlastung der Bürger einzusetzen. Wir sehen zudem ein enormes Einsparpotential im Doppelhaushalt 2023/24: Braucht es wirklich in der aktuellen Notlage 500 zusätzliche Stellen in den Ministerien und der Verwaltung? Brauchen wir teure Imagekampagnen für die Regierung? Und sollten wir den ominösen ‚Klimafonds‘ üppig mit Finanzmitteln ausstatten?

Wir meinen: Die Regierung sollte jetzt endlich den Gürtel enger schnallen, dann ist auch genug Geld für die Bekämpfung der Armut und von Unternehmenspleiten vorhanden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/regierung-muss-inflationsgewinne-komplett-zurueckgeben/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien

„Unser Land zuerst!“ – Rund 10.000 Menschen demonstrierten friedlich in Berlin gegen die Politik der Ampel-Koalition

Diese Regierung raubt uns Bürgern nachts den Schlaf und tagsüber das Geld. Wir als AfD sagen



deshalb: „Es reicht!“. Unter dem Motto „Unser Land zuerst!“ folgten rund 10.000 Menschen aus ganz Deutschland vor dem Berliner Reichstag den Reden von Bundessprecher Tino Chrupalla, den stellvertretenden Bundessprechern Stephan Brandner und Peter Boehringer sowie der Berliner Landes- und Fraktionsvorsitzenden Kristin Brinker. Anschließend zog die Menschenmenge mit Transparenten, Bannern und Sprechchören friedlich durch

Berlin-Mitte. Nach gut zwei Stunden sammelte sich der Demonstrationzug wieder auf dem Platz der Republik. Die Mitglieder des Bundesvorstandes Dennis Hohloch, Marc Jongen und Martin Reichardt rundeten den Protesttag gegen die desaströse Wirtschafts-, Energie- und Außenpolitik der Ampel-Koalition ab.

Tino Chrupalla, Bundessprecher der Alternative für Deutschland:

„Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass Gas in ausreichender Menge zu bezahlbaren Preisen für uns zugänglich ist, egal woher. Das wäre eine interessen geleitete Politik, von der alle profitieren. Deshalb sagen wir: deutsche Interessen statt Wirtschaftskrieg! Wir geben Nord Stream nicht auf, nur weil es politisch nicht gewollt ist. Wir fordern: Nord Stream 1 und 2 reparieren, öffnen und sichern.“

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher:



„Ihr habt es mit Euren Protesten geschafft, dass die Gasumlage Geschichte ist, bevor sie überhaupt in Kraft getreten ist. Das ist die Kraft der Straße. Vielen Dank dafür an Euch!“

Peter Boehringer, stellvertretender Bundessprecher:

„Die Schäden der Energiefalschpolitik werden in die Billionen gehen – und vielfach irreversibel sein, weil Firmen abwandern! Deindustrialisierung, Massenarbeitslosigkeit, Verarmung, ja Verelendung sind die Folgen. Die Regierung agiert zutiefst asozial!“

Kristin Brinker, Berliner Landes- und Fraktionsvorsitzende:

„Ausdauer und Beharrlichkeit zahlen sich aus: Immer mehr Menschen in diesem Land müssen feststellen: Die AfD ist näher dran an der Wirklichkeit als alle anderen Parteien.“

<https://www.afd.de/unser-land-zuerst-rund-10-000-menschen-demonstrierten-friedlich-in-berlin-gegen-die-politik-der-ampel-koalition/>

Pullover anziehen statt jammern: Großverdiener Schäuble ätzt gegen Steuerzahler!

Und wieder verhöhnt uns ein bestens situierter Spitzenpolitiker vor dem Hintergrund von Inflation und Energiekrise: Wolfgang Schäuble von der CDU, zuletzt Bundestagspräsident, empfiehlt



frierenden Bürgern in einem Bild-TV-Interview allen Ernstes: „Dann zieht man halt einen Pullover an. Oder vielleicht noch einen zweiten Pullover. Darüber muss man nicht jammern, sondern man muss erkennen: Vieles ist nicht selbstverständlich.“ Richtig, Herr Schäuble, so Einiges ist nicht selbstverständlich – dass die Bürger zum Beispiel kraft ihrer Hände Arbeit einer dekadenten, abgehobenen Politikerkaste ihren gemütlichen Lebensabend bezahlen und dann auch noch solche schallenden Ohrfeigen hinnehmen. Integrität? Demut vor dem Amt? Beim Personal der etablierten Parteien Fehlanzeige! Stattdessen wird der Staat als Selbstbedienungsladen betrachtet, an dessen Fleischtöpfen man sich hemmungslos gütlich tun kann – während man

gegen jene ätzt, die das alles erwirtschaften.

Weisen wir sie endlich in die Schranken – bevor sie uns neben unserem Geld und unserer Gesundheit auch noch das letzte bisschen Würde nehmen! Raus auf die Straße – jeden Montag in jeder Stadt! Mit uns von der AfD und mit den vielen aufrechten Bürgern in diesem Land.

<https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064/5844057062291251/>



Faeser ist nicht die Lösung, sondern die Ursache des Migrationsproblems!

Ausgerechnet Bundesinnenministerin Nancy Faeser ist eigenen Angaben nach aufgrund des zunehmenden Migrationsdrucks „in Sorge“. Dazu teilt die AfD-Bundessprecherin Alice Weidel mit:

„Faeser ist ein Paradebeispiel für die verquere Politik der Bundesregierung. Denn sie selbst ist es, die noch vor wenigen Monaten für eine liberale Migrationspolitik innerhalb der EU warb und auf der Suche nach einer 'Koalition der Willigen' bei sämtlichen Mitgliedsstaaten auf Ablehnung traf. Faeser ist es auch, die sich umfassenden Grenzkontrollen und Abweisungen verweigert, während das von ihr gestaltete ‚Migrationspaket‘ Hürden für Einbürgerungen nahezu abschafft. Migranten werden im Handumdrehen zu 'deutschen Staatsbürgern' erklärt und kommen somit noch schneller in den vollumfänglichen Genuss unseres Sozialsystems.



Bundesinnenministerin Faeser ist nicht die Lösung, sondern die Ursache für die vielfältigen Probleme. In der aktuellen Situation, die stark an das Schicksalsjahr 2015 erinnert, muss endlich angemessen gehandelt werden. Deutschland braucht nicht nur umfassende Grenzkontrollen, sondern gleichzeitig auch eine Priorisierung von Abschiebungen derjenigen, die gar kein Bleiberecht haben. Gerade in der von der gleichen Bundesregierung verursachten Energiekrise muss sich die Politik endlich an den Interessen der eigenen Bürger orientieren.“

<https://www.facebook.com/aliceweidel/photos/a.1063313067013261/5920741687937017/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>



Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien

Gaspreisbremse befeuert Inflation und führt in die Energie-Planwirtschaft!

Zu den Vorschlägen der von der Bundesregierung eingesetzten „Expertenkommission Gas und Wärme“ zur Dämpfung der Gaspreise erklären die Fraktionsvorsitzenden der AfD im Deutschen Bundestag, Alice Weidel und Tino Chrupalla:



Alice Weidel:

„Die **#Gaspreisbremse** droht ein bürokratischer Moloch zu werden, der die Zerrüttung der deutschen Staatsfinanzen auf eine neue Spitze treibt. Das Geld der Bürger wird in nie dagewesenen Dimensionen verbrannt, der Volkswirtschaft Liquidität entzogen und die Staatsquote nach oben getrieben. Die Rechnung werden die Bürger selbst in Form von Schuldendienst und künftigen Steuern zu tragen haben. Es ist fraglich, ob staatliche Umverteilung in dieser Größenordnung überhaupt über längere Zeit finanzierbar sein wird. Der Versuch, steigende Preise durch staatliche Geldverteilung zu

bremsen, heizt die Inflation weiter an und führt erst recht zum Kontrollverlust über die galoppierende Geldentwertung. Ohne eine Perspektive auf Ausweitung des Energieangebots wird auch die einmalige Übernahme eines Gas-Monatsabschlags im Dezember verpuffen wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Die ab März oder April vorgesehene staatliche Deckelung eines Kontingents von 80 Prozent des prognostizierten Verbrauchs ist zudem ein bürokratischer Alptraum. Die Bundesregierung missbraucht die Not der Privathaushalte und Unternehmen, um eine auf Rationierung und Mangelverwaltung ausgerichtete Energie-Planwirtschaft einzuführen.“

Tino Chrupalla:

„Damit die Preise sinken, muss das Angebot an verfügbarer Energie rasch wieder ausgeweitet werden. Anstatt endlich die Ursachen der Preisexplosion zu bekämpfen und Not leidende Bürger und die Wirtschaft auf breiter Front schnellstmöglich zu entlasten, setzt die Expertenkommission der Ampel mit ihrem unausgegorenen Stufenmodell auf ordnungspolitisch höchst fragwürdige Symptombekämpfung sowie verantwortungslose Schuldenmacherei: Deutschland verarmt und der Vorschlag speist Privathaushalte und Unternehmen mit einer viel zu späten Einmalzahlungen und einem Gaspreisdeckel ab März oder sogar erst April 2023 ab. Und dies auch noch mit Bedingungen und Sparanreizen verbunden, um mitten in der Krise die Klima-Agenda der Regierung voranzutreiben. Dies ist unverantwortlich. Der einzige Weg aus der Krise ist eine grundsätzliche Kurskorrektur der Regierungspolitik: Den Fehlschlag ‚Energiewende‘ zu stoppen, die schädliche Sanktionspolitik gegen Russland zu revidieren und Bürger und Wirtschaft endlich flächendeckend steuerlich zu entlasten.“

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/1221736788409830/>



Nachrichten aus Deutschland und der Welt

Demo in Prag: Schutz vor Inflation und Armut gefordert

<https://www.tschechien.news/post/demo-in-prag-schutz-vor-inflation-und-armut-gefordert>

Schleuser mit 19 Migranten in VW Bus gestoppt

https://www.lausitznews.de/artikel/schleuser-mit-19-migranten-in-vw-bus-gestoppt_19900.html

Schleuser mit 13 Migranten in VW Touran gestoppt

https://www.lausitznews.de/artikel/schleuser-mit-13-migranten-in-vw-touran-gestoppt_19921.html

AfD will Sozialhilfeempfänger zu gemeinnütziger Arbeit verpflichten

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2022/afd-will-buergerarbeit/>

Video-Empfehlungen

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Fakten in Bildern



"Fußball, Bier und vor allem das Glücksspiel
füllten den Horizont ihrer Gedanken.

Es war nicht schwer,
sie unter Kontrolle zu halten."

George Orwell, 1984



Reingelegt: Pünktlich einen Tag
nach der [#Niedersachsenwahl](#)
verrät der Kanzler der
Bevölkerung, dass er die Senkung
der Gaspreise nun lieber doch
bis zum Ende der aktuellen
Heizperiode aufschieben wird.
[#Gaspreisbremse](#)





Achtung Satire!

.. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns niemals verbieten!



Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen